

Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten

Inhaltsverzeichnis

Präambel

1. Grundlegende Begrifflichkeiten

2. An wen richten sich diese Informationen?

3. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

4. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

5. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

5.1 Zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchstabe b))

5.2 Im Rahmen der Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchstabe f DSGVO)

5.3 Aufgrund Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchstabe a DSGVO in Verbindung mit Art. 88 DSGVO und § 26 Abs. 2 BDSG)

5.4 Aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchstabe c DSGVO sowie Art. 88 DSGVO und §§ 22 und 26 BDSG Abs. 1 S. 2)

6. Wer bekommt meine Daten?

7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

8. Wie lange werden meine Daten gespeichert?

9. Welche Datenschutzrechte habe ich?

10. Gibt es eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

11. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung?

12. Findet ein Profiling statt?

13. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Präambel

Mit den folgenden Informationen möchten wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Stiftung Drachensee geben. Zusätzlich informieren wir Sie über Ihre Rechte. Diese Rechte sind festgelegt in der Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union (DSGVO) in Verbindung mit dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

Ein wichtiges Ziel der DSGVO und des BDSG ist Transparenz der Verarbeitung von personenbezogenen Daten. Dem datenschutzrechtlich Verantwortlichen – d. h. dem Vorstand der Stiftung Drachensee – werden durch die Art. 12 – 14 DSGVO und §§ 32-37 BDSG (Kap. 2 Rechte der betroffenen Person) entsprechende Informationspflichten auferlegt.

Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise sie genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach dem Inhalt Ihres Vertragsverhältnisses mit der Stiftung Drachensee.

1. Grundlegende Begrifflichkeiten

„Personenbezogene Daten“

sind nach Art. 4 Abs. 1 Nr. 1 DSGVO „alle Informationen, die sich auf eine identifizierbare oder identifizierte natürliche Person (im Folgenden ‚betroffene Person‘) beziehen“ – also auf den einzelnen Menschen. Als identifizierbar gilt eine Person, „die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einen Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen ... identifiziert werden kann“. Diese besonderen Merkmale können Bestandteile bzw. Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität eines Menschen (= natürliche Person) sein.

„Besondere Kategorien personenbezogener Daten“

sind nach Art. 9 Abs. 1 DSGVO „Daten, aus denen die rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen“. Weiterhin gehören dazu genetische Daten, biometrische Daten zur eindeutigen Identifizierung eines Menschen, seine Gesundheitsdaten sowie seine Daten zum Sexualleben oder zur sexuellen Orientierung.

„Verarbeitung“

bezeichnet nach Art. 4 Abs. 1 Nr. 2 DSGVO „jeden mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführter Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung, die Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung“. Damit ist fast jeder Umgang mit personenbezogenen Daten eine „Verarbeitung“.

„Betroffene Person“

ist eine identifizierbare oder identifizierte natürliche Person (siehe Art. 1 Abs. 1 Nr. 1 DSGVO).

„Verantwortlicher“

ist gemäß Art. 4 Nr. 7 DSGVO die natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet.

„Beschäftigte“

im Sinne des § 26 Abs. 8 BDSG sind z. B.:

1. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einschließlich der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter im Verhältnis zum Entleiher; auch Bewerberinnen und Bewerber für ein Beschäftigungsverhältnis sowie Personen, deren Beschäftigungsverhältnis beendet ist, gelten als Beschäftigte.“
2. zu ihrer Berufsbildung Beschäftigte (also Personen, die eine Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz durchlaufen),
3. Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie an Abklärungen der beruflichen Eignung oder Arbeitserprobung (Rehabilitandinnen und Rehabilitanden - gemeint sind Personen, die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach Maßgabe des Sozialrechts erhalten),
4. in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen Beschäftigte,
5. Freiwillige, die einen Dienst nach dem Jugendfreiwilligendienstgesetz oder dem Bundesfreiwilligendienstgesetz leisten,
6. Personen, die wegen ihrer wirtschaftlichen Unselbständigkeit als arbeitnehmerähnliche Personen anzusehen sind; zu diesen gehören auch die in Heimarbeit Beschäftigten und die ihnen Gleichgestellten,

In der Terminologie der Stiftung Drachensee sind „Beschäftigte“ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Arbeitsvertrag, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Werkstattvertrag, Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Berufsbildungsbereiches, Besucherinnen und Besucher der Tagesförderstätte.

2. An wen richten sich diese Informationen?

Die Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten richten sich an alle Personen, die mit der Stiftung Drachensee ein Vertragsverhältnis haben oder eingehen werden. Sie werden im Rahmen der Informationspflichten nach den §§ 12, 13, 14 DSGVO generell als **„betroffene Personen“** oder **„Betroffene“** bezeichnet.

Dies umfasst neben den oben genannten „Beschäftigten“ auch Bewohnerinnen und Bewohner im Gemeinschaftlichen Wohnen, im Wohnen für Ältere, Mieterinnen und Mieter im Unterstützten Wohnen, Nutzerinnen und Nutzer im Ambulant Betreuten Wohnen sowie

Praktikantinnen und Praktikanten und ehrenamtlich Tätige (die beiden letzten Gruppen sind keine Beschäftigten im Sinne des § 26 Abs. 8 BDSG).

Hinzu kommen Personen, die zwar kein Vertragsverhältnis mit der Stiftung Drachensee haben, aber Personen der bereits genannten Gruppen gesetzlich vertreten bzw. betreuen.

3. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortlicher im Sinne der DSGVO ist die Stiftung Drachensee, repräsentiert durch ihren Vorstand:

Dr. Jan Wiedemann

Hamburger Chaussee 221

24113 Kiel

E-Mail: info@drachensee.de

Tel.: 04 31 64 84-0

Bei Fragen bezüglich der Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten können Sie sich direkt an unseren Datenschutzbeauftragten wenden, der Ihnen in allen Fragen, insbesondere zu Betroffenenrechten (Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Widerspruch gegen die Verarbeitung sowie zur Datenübertragbarkeit, die sich aus den Art. 15 – 21 DSGVO ergeben) zur Verfügung steht.

Datenschutzbeauftragter ist Herr Klaus Jutzi, erreichbar unter: kjconsult@mailbox.org.

4. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir von Ihnen im Rahmen eines bestehenden oder noch abzuschließenden Vertrages erhalten haben, aufgrund Ihrer Einwilligung, aufgrund gesetzlicher Vorgaben oder im Rahmen einer Interessenabwägung (siehe im Einzelnen dazu Punkt 5).

Zu den personenbezogenen Daten zählen insbesondere z. B.:

- Personalien (z. B. Name und Adresse und Kontaktdaten und Geburtstag sowie -ort und Staatsangehörigkeit)
- familiäre Daten (z. B. Familienstand und Angaben zu Kindern)
- Religionszugehörigkeit
- Gesundheitsdaten und weitere besondere Kategorien personenbezogener Daten, die für das Vertragsverhältnis relevant sind, z. B. bei Schwerbehinderung, Wiedereingliederung nach Krankheit, im Rahmen einer Teilhabeplanung, bei Schulbegleitung)
- Gesundheitszeugnis, Impfdaten (z. B. bei Schulbegleitung)

- Legitimationsdaten (z. B. Ausweisdaten)
- erweitertes Führungszeugnis
- Steueridentifikationsnummer
- Angaben zur Qualifikation und Mitarbeiterentwicklung (z. B. Ausbildung, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Fortbildungen, Sonderpädagogische Zusatzqualifikation SPZ)
- Führerscheindaten / Führerschein

Weitere relevante personenbezogene Daten können z. B. sein:

- Angaben zu vertraglichen Verhältnissen (z. B. Eintrittsdatum und Bezeichnung der Tätigkeit und Titel)
- steuerrelevante Daten aus der Erfüllung von vertraglichen Verpflichtungen (z. B. Gehaltszahlung, Werkstattlohn)
- Informationen über die finanzielle Situation von Mitarbeitern (z. B. Kreditverbindlichkeiten und Gehaltspfändungen)
- Sozialversicherungsdaten
- Arbeitserlaubnis ausländischer Beschäftigter
- Daten zur Altersversorgung bzw. zur Pensionskasse / VBLU
- Angaben zur Arbeitszeit (z. B. Arbeitszeiterfassung und Urlaub und Krankheit und Daten in Zusammenhang mit Dienstreisen)
- Zutrittsdaten (Schlüsselvergabe)
- Berechtigungsdaten (z. B. Zugangs- und Zugriffsrechte)
- Bild- und Tondaten (z. B. Ausweisfoto, Video- und Telefonaufzeichnungen)

5. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) auf der Basis der im Folgenden beschriebenen Rechtsgrundlagen.

5.1 Zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchstabe b DSGVO)

Die Verarbeitung von Daten erfolgt zur Begründung, Durchführung oder Beendigung des mit Ihnen bestehenden Vertrages oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen, die auf Anfrage hin erfolgen.

Weiterhin erfolgt die Verarbeitung der Daten zur Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen aufgrund von Leistungsvereinbarungen mit den zuständigen Sozialhilfe- bzw. Rehabilitationsträgern („Leistungsträger“), aber auch individuellen Vereinbarungen auf der Basis des Bundesteilhabegesetzes, z. B. im Rahmen einer Teilhabeplanung.

5.2 Im Rahmen der Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchstabe f DSGVO)

Soweit erforderlich verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten. Beispiele für solche Fälle sind:

- Maßnahmen zur Personalentwicklungsplanung (z. B. E-Learning)
- Förderprogramme der Aktion Mensch
- Maßnahmen zum Schutz von Betroffenen sowie zum Schutz des Eigentums der Stiftung Drachensee
- Videoüberwachungen zur Wahrung des Hausrechtes
- Veröffentlichung dienstlicher Kontaktdaten im Intranet und internen Telefonbuch und auf der Internetseite
- Aufzeichnungen zu Gesprächen mit Betroffenen (z. B. Dokumentation von Zielen, Zielerreichung, Teilhabepläne, Personalentwicklungsgespräche)

5.3 Aufgrund Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchstabe a DSGVO in Verbindung mit Art. 88 DSGVO und § 26 Abs. 2 BDSG)

Wenn Sie uns eine Einwilligung (im Verständnis von Art. 4 Nr. 11 DSGVO) zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erteilt haben, erfolgt eine Verarbeitung nur gemäß den in der Einwilligungserklärung festgelegten Zwecken und im darin vereinbarten Umfang. Dies kann auch die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a DSGVO in Verbindung mit §§ 22 und 26 Abs. 2 BDSG einschließen (z. B. betriebliches Eingliederungsmanagement, Praktikum, ehrenamtliche Mitarbeit).

Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Der Widerruf der Einwilligung wirkt erst für die Zukunft und berührt nicht die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf verarbeiteten Daten.

Dies betrifft z. B.:

- Einwilligung zur Nutzung von personenbezogenen Daten von Praktikantinnen und Praktikanten sowie ehrenamtlich Tätigen
- Nutzung von Fotos von Beschäftigten, Praktikantinnen und Praktikanten, ehrenamtlich Tätigen, z. B. auf der Internetseite, in Publikationen der Stiftung Drachensee
- Nutzung von Namen und Fotos bei Einstellungen, Jubiläen, sonstigen Festivitäten wie z. B. Sommerfesten, Sportveranstaltungen

5.4 Aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchstabe c DSGVO sowie Art. 88 DSGVO und §§ 22 und 26 Abs. 1 S. 2 BDSG)

Die Stiftung Drachensee unterliegt diversen rechtlichen Verpflichtungen, das heißt gesetzlichen Anforderungen (z. B. aus dem Sozialversicherungsrecht, Bundesteilhabegesetz, Tarifvertragsrecht, Arbeitssicherheit, Steuerrecht, etc.) sowie aufsichtsrechtlichen Vorgaben (z. B. der Leistungsträger). Zu den Zwecken der Verarbeitung gehören unter anderem die Identitätsprüfung, die Erfüllung sozialversicherungs- und steuerrechtlicher Kontroll-, Melde- oder Dokumentationspflichten sowie der Anforderungen, die sich aus dem Bundesteilhabegesetz ergeben. Hier ist z. B. die Teilhabeplanung zu nennen.

In § 26 Abs. 4 BDSG wird ausdrücklich auch auf Kollektivvereinbarungen wie Betriebsvereinbarungen Bezug genommen, die die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses betreffen (siehe z. B. Betriebsvereinbarung über die Grundsätze für die private Nutzung des Internet und sonstiger Kommunikationseinrichtungen vom 22. Dezember 2016).

Soweit besondere Kategorien personenbezogener Daten gem. Art. 9 Abs. 1 DSGVO verarbeitet werden, dient dies im Rahmen eines Vertragsverhältnisses der Ausübung von Rechten oder der Erfüllung von rechtlichen Pflichten aus dem Arbeitsrecht, dem Recht der sozialen Sicherheit und dem Sozialschutz (z. B. Angabe von Gesundheitsdaten gegenüber der Krankenkasse, Erfassung der Schwerbehinderung wegen Zusatzurlaub und Ermittlung der Schwerbehindertenabgabe) sowie den relevanten Bestimmungen in den Sozialgesetzbüchern I – XII und dem BTHG (Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung).

Dies erfolgt auf Grundlage von Art. 9 Abs. 2 Buchstabe b DSGVO in Verbindung mit § 26 Abs. 3 BDSG. Zudem kann die Verarbeitung von Gesundheitsdaten für die Beurteilung Ihrer Arbeitsfähigkeit gem. Art. 9 Abs. 2 Buchstabe h in Verbindung mit § 22 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b BDSG erforderlich sein.

Weiterhin erlaubt § 22 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe c BDSG die Verarbeitung besonderer personenbezogener Daten aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, z. B. für den Schutz vor schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren (z. B. Covid-19).

6. Wer bekommt meine Daten?

Innerhalb der Stiftung Drachensee erhalten nur diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung der vertraglichen, gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Pflichten sowie zur Wahrung berechtigter Interessen benötigen (z. B. Personalwesen, Finanzbuchhaltung, Leistungsabrechnung, Betriebsrat, Schwerbehindertenvertretung, Sozialer Dienst, Fachleitungen, Mitarbeitende in den Bereichen Wohnen, Offene Hilfen, Berufliche Bildung etc.). Generell hat unser IT-Administratoren technisch notwendig die Möglichkeit, auf sämtliche mittels IT verarbeitete Daten zuzugreifen.

Auch von uns eingesetzte Dienstleister und Erfüllungsgehilfen können zu diesen Zwecken Daten erhalten, sofern diese die Daten zur Erfüllung ihrer jeweiligen Leistung benötigen. Dies sind z. B. Unternehmen in den Kategorien Schulungsanbieter und IT-Dienstleistungen (Auftragsverarbeiter). Sämtliche Dienstleister sind vertraglich dazu verpflichtet, die Vorgaben der DSGVO und des BDSG einzuhalten (Auftragsverarbeitungsvertrag).

Im Hinblick auf die Datenweitergabe an Empfänger außerhalb der Stiftung Drachensee ist zunächst zu beachten, dass wir nur erforderliche personenbezogene Daten unter Beachtung der anzuwendenden Vorschriften zum Datenschutz weitergeben. Informationen über unsere Beschäftigten und andere bei uns Tätige geben wir grundsätzlich nur weiter, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten, eine Einwilligung vorliegt oder wir zur Weitergabe anderweitig befugt sind.

Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten z. B. sein:

- Bundesagentur für Arbeit
- Sozialversicherungsträger, Städte und Gemeinden in ihrer Funktion als Leistungsträger
- Träger nach dem Bundesteilhabegesetz
- öffentliche und nichtöffentliche Fördermittelgeber (z. B. Aktion Mensch)
- Krankenkassen
- Versorgungswerke
- Steuerbehörden
- Berufsgenossenschaften
- Versicherungen (Unfallversicherung, Haftpflichtversicherung, Rechtsschutzversicherung, betriebliche Altersversicherung, etc.)
- Eltern, Angehörige, gesetzliche Vertreter
- öffentliche Stellen und Institutionen (z. B. Gesundheitsbehörden, Finanzbehörden und Strafverfolgungsbehörden) bei Vorliegen einer gesetzlichen oder behördlichen Verpflichtung
- Wirtschafts- und Lohnsteuerprüfer, Steuerberater, Anwälte
- Dienstleister im Rahmen von Auftragsverarbeitungsverhältnissen

Weitere Datenempfänger können diejenigen Stellen sein, für die Sie uns Ihre Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben oder an die wir aufgrund einer Interessenabwägung befugt sind, personenbezogene Daten zu übermitteln (z. B. Eltern, Angehörige, gesetzliche Vertreter).

7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung an Stellen in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (sogenannte Drittstaaten) findet nicht statt.

Wir nutzen nur Dienstleister, die ihren Firmensitz im Geltungsbereich der DSGVO haben.

Wir haben zudem mit unseren Dienstleistern vertraglich (Auftragsverarbeitungsvertrag) vereinbart, dass auch deren Vertragspartner immer die Einhaltung der DSGVO gewährleisten müssen.

8. Wie lange werden meine Daten gespeichert?

Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten nur solange, wie dies für die Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten erforderlich ist.

Sind die Daten für die Erfüllung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten nicht mehr erforderlich, werden diese regelmäßig gelöscht. Aber es gibt Ausnahmen, die einer Löschung entgegenstehen:

- Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten, die sich z. B. ergeben können aus: Sozialgesetzbuch (SGB IV), Handelsgesetzbuch (HGB) und Abgabenordnung (AO). Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen in der Regel sechs bis zehn Jahre. Rechtsgrundlage ist hier Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchst. c).
- Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsvorschriften. Nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, so in § 197 BGB (z. B. im Falle von Schadensersatzansprüchen, die auf der vorsätzlichen Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit oder der sexuellen Selbstbestimmung beruhen). Rechtsgrundlage ist das berechtigte Interesse des Verantwortlichen (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchst. f DSGVO). Die regelmäßige Verjährungsfrist beträgt gemäß § 195 BGB drei Jahre.

So kann neben der gesetzlichen Pflicht zur Aufbewahrung ein berechtigtes Interesse auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchst. f DSGVO (hier das Beweissicherungsinteresse) der Stiftung Drachensee an einer längerfristigen Speicherung der Daten bestehen, insbesondere, um sich im Falle potentieller Rechtsstreitigkeiten gegen Rechtsansprüche verteidigen zu können (Art. 17 Abs. 3 Buchst. e DSGVO). Dieses Beweissicherungsinteresse besteht so lange, wie mit der Geltendmachung von Ansprüchen zu rechnen ist. Das ist prinzipiell dann der Fall, wenn die Ansprüche noch nicht verjährt sind.

Die personenbezogenen Daten werden gelöscht, wenn die gesetzlichen Aufbewahrungspflichten erfüllt sind und ein berechtigtes Interesse nicht mehr besteht. Gleiches gilt für die Datenverarbeitung aufgrund einer erteilten Einwilligung. Sobald diese Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft durch Sie widerrufen wird, werden die personenbezogenen Daten gelöscht, es sei denn es besteht eine der genannten Ausnahmen.

Erfolgt die Speicherung der Daten auf Grund einer Betriebsvereinbarung, wird die Speicherdauer dort geregelt.

9. Welche Datenschutzrechte habe ich?

Jede betroffene Person hat das Recht auf **Auskunft** nach Artikel 15 DSGVO, das Recht auf **Berichtigung** nach Artikel 16 DSGVO, das Recht auf **Löschung** nach Artikel 17 DSGVO, das Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** nach Artikel 18 DSGVO, das Recht auf **Widerspruch** aus Artikel 21 DSGVO sowie das Recht auf **Datenübertragbarkeit** aus Artikel 20 DSGVO.

Beim Auskunftsrecht und beim Recht auf Löschung gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG. Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde (Artikel 77 DSGVO).

Unabhängig davon existieren spezialgesetzliche Vorschriften, die der DSGVO bzw. dem BDSG vorgehen, z. B. § 83 BetrVG, der den Arbeitnehmern das Recht zur Einsichtnahme in die Personalakte gewährt, welcher bei unrichtigen Angaben auch eine Berichtigung verlangen kann.

Eine erteilte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten können Sie jederzeit uns gegenüber widerrufen. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der Datenschutzgrundverordnung - also vor dem 25. Mai 2018 - uns gegenüber erteilt worden sind. Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

10. Gibt es eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Die Stiftung Drachensee erhebt von den Betroffenen nur diejenigen personenbezogenen Daten, die gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben, für einen Vertragsabschluss notwendig und zur Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten unbedingt erforderlich sind.

Ohne diese Daten werden wir in der Regel nicht in der Lage sein, einen Vertrag mit Ihnen zu schließen oder diesen zu erfüllen.

11. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung?

Zur Begründung, Durchführung und Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen oder anderer vertraglich vereinbarter Tätigkeiten nutzen wir keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 DSGVO (z. B. durch Algorithmen, die personenbezogene Aspekte ohne menschliches Eingreifen verarbeiten und eine Entscheidung präsentieren). Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber und über Ihre diesbezüglichen Rechte gesondert informieren, sofern dies gesetzlich vorgeschrieben ist.

12. Findet ein Profiling statt?

Profiling bezeichnet jede Art der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten mit dem Ziel einer Bewertung persönlicher Aspekte, z. B. Gesundheit, wirtschaftliche Lage, Interessen, Zuverlässigkeit oder Ähnliches.

Wir verarbeiten Ihre Daten nicht mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte automatisiert zu bewerten.

13. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten rechtswidrig erfolgt, haben Sie gemäß Art. 77 DSGVO das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde Ihrer Wahl zu beschweren, die z. B. an Ihrem Aufenthaltsort oder Arbeitsplatz sein kann. Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DSGVO gegen die Aufsichtsbehörde selbst.

Sie können Ihre Beschwerde auch bei der zuständigen Aufsichtsbehörde des Verantwortlichen einreichen:

Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz:

Holstenstraße 98

24103 Kiel

Telefon: 0431 988-1200

Fax: 0431 988-1223

Webseite : <https://www.datenschutzzentrum.de/>